Das Dokument wurde signiert von
Liechtensteinische Landesverwaltung
Rechtsdienst der Regierung
am 16.11.2026

412.014.046

Liechtensteinisches Landesgesetzblatt

Jahrgang 2026 Nr. 382 ausgegeben am 17. November 2026

Verordnung

vom 3. November 2026

über die berufliche Grundbildung Elektronikerin/Elektroniker mit Fähigkeitszeugnis (FZ)[1]

Aufgrund von Art. 26 des Berufsbildungsgesetzes (BBG) vom 13. März 2008, LGBl. 2008 Nr. 103, in der geltenden Fassung, verordnet die Regierung:

I. Gegenstand und Dauer

Art. 1

Berufsbild

Elektrikerinnen/Elektriker beherrschen namentlich die folgenden Tätigkeiten und zeichnen sich durch folgende Kenntnisse, Fähigkeiten und Haltungen aus:

a) Sie sind qualifizierte Fachpersonen für elektronische Schaltungen mit entsprechenden Softwarelösungen in der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM-Industrie).

b) Sie projektieren und realisieren innovative Hightech- und Alltagsprodukte für interne und externe Auftraggeberinnen/Auftraggeber.

c) Sie konzipieren und planen Schaltungen, erstellen Programme, bauen Prototypen, führen Mess- und Prüfarbeiten durch und begleiten die Produktion, Montage sowie Inbetriebnahme; dabei arbeiten sie eng mit anderen Fachpersonen zusammen.

1 46506 Elektronikerin/Elektroniker

d) Sie beachten festgelegte Konzepte und Abläufe der Unternehmung, aber auch geltende Richtlinien und Normen; sie halten die Entwicklungsschritte nachvollziehbar fest und erstellen technische Dokumentationen.

e) Sie verfügen über fundiertes Fachwissen in den Bereichen der Schaltungsentwicklung, Mikrocontrollertechnik, Programmierung, Mess- und Prüftechnik sowie der Herstellung von Elektronikprodukten.

f) Sie zeichnen sich aus durch die Fähigkeit des vernetzten Denkens und einen starken Durchhaltewillen; ihr ausgeprägtes Qualitätsbewusstsein, aber auch ihre Neugierde, Kreativität und Fähigkeit zur Abstraktion gehören dazu.

Art. 2

Dauer und Beginn

1) Die berufliche Grundbildung dauert vier Jahre.

2) Der Beginn der beruflichen Grundbildung richtet sich nach dem Schuljahr der zuständigen Berufsfachschule.

II. Ziele und Anforderungen

Art. 3

Grundsätze

1) Die Ziele und die Anforderungen der beruflichen Grundbildung werden in Form von Handlungskompetenzen, gruppiert nach Handlungskompetenzbereichen, festgelegt.

2) Beim Aufbau der Handlungskompetenzen arbeiten alle Lernorte zusammen. Sie koordinieren die Inhalte der Ausbildung und der Qualifikationsverfahren.

Art. 4

Handlungskompetenzen

1) Die Ausbildung umfasst in den folgenden Handlungskompetenzbereichen die nachstehenden Handlungskompetenzen:

a) Entwickeln von Ideen und Konzepten:
   1. Anforderungen und Bedürfnisse an elektronische Hard- oder Software-problemstellungen erfassen und interpretieren;
   2. Ideen, Konzepte und Lösungen für elektronische Hard- oder Softwareproblemstellungen entwickeln;
   3. die Machbarkeit von Ideen oder Aufträgen für elektronische Hard- oder Softwarelösungen abklären;

b) Entwickeln und Fertigen von elektronischer Hardware:
   1. elektronische Schaltungen dimensionieren und das Schema entwickeln;
   2. das Layout für Leiterplatten entwickeln und die Fertigungsunterlagen erstellen;
   3. Leiterplatten und Baugruppen fertigen;
   4. Schaltungen in Betrieb nehmen, ausmessen und Fehler beheben;
   5. die Anforderungen an die Schaltung überprüfen;
   6. elektronische Baugruppen in Betrieb nehmen;
   7. Frontplatten, Gehäuse oder einfache mechanische Bauteile mechanisch bearbeiten oder fertigen;

c) Entwickeln von Software:
   1. Mikrocontroller-Programme entwickeln;
   2. die Anforderungen an die Software überprüfen;
   3. intelligente Komponenten und Dienste in einem Netz oder einer Cloud einbinden;
   4. Applikationen zum Ansteuern von Hardware entwickeln;
   5. Logikschaltungen in komplexen Logikbausteinen programmieren;

d) Übernehmen von technischer und betrieblicher Verantwortung:
   1. projektorientierte Aufträge im Elektronikbereich der MEM-Industrie planen;
   2. Verläufe von projektorientierten Aufträgen im Elektronikbereich der MEM-Industrie kontrollieren;
   3. Ergebnisse aus projektorientierten Aufträgen im Elektronikbereich der MEM-Industrie auswerten;
   4. Kundinnen/Kunden im Umgang mit Produkten der MEM-Industrie ausbilden;
   5. Serienfertigungsaufträge in der Elektronik abwickeln;

6. Produktions- oder Arbeitsmittel mit elektronischen Bauteilen instand halten;
7. Prozessdaten von automatisierten Anlagen überwachen und Massnahmen einleiten;
8. Funktionen von Geräten prüfen;
9. technische Systeme mit elektronischen Komponenten aufbauen, konfigurieren und in Betrieb nehmen.

2) Der Aufbau der Handlungskompetenzen nach Abs. 1 Bst. a, b Ziff. 1 bis 5, Bst. c Ziff. 1 und 2 sowie Bst. d Ziff. 1 bis 3 ist für alle Lernenden verbindlich.

3) In den Handlungskompetenzen nach Abs. 1 Bst. b Ziff. 6 und 7, Bst. c Ziff. 3 bis 5 sowie Bst. d Ziff. 4 bis 9 ist der Aufbau von zwei Handlungskompetenzen verbindlich.

4) Die nach Abs. 3 verbindlichen Handlungskompetenzen werden durch den Lehrbetrieb und die lernende Person Ende des zweiten Lehrjahres gemeinsam definiert und der Berufsfachschule mitgeteilt. Zusätzlich sind sie bei der Anmeldung zum Qualifikationsverfahren mit Abschlussprüfung anzugeben.

III. Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz, Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung

Art. 5

1) Die Anbieter der Bildung geben den Lernenden zu Beginn und während der Bildung Vorschriften und Empfehlungen zur Arbeitssicherheit, zum Gesundheitsschutz und zum Umweltschutz, insbesondere zur Gefahren- und Sicherheitskommunikation in diesen drei Bereichen, ab und erklären sie ihnen.

2) Diese Vorschriften und Empfehlungen werden an allen Lernorten vermittelt und in den Qualifikationsverfahren berücksichtigt.

3) Die berufsspezifischen Aspekte für eine nachhaltige Entwicklung werden an allen Lernorten vermittelt.

4) Gemäss Art. 12 ArGV V können die Lernenden entsprechend ihrem Ausbildungsstand für die in Anhang 2 zum Bildungsplan aufgeführten Arbeiten herangezogen werden.

5) Voraussetzung für einen Einsatz nach Abs. 4 ist, dass die Lernenden entsprechend den erhöhten Gefährdungen ausgebildet, angeleitet und überwacht werden; diese besonderen Vorkehrungen werden in Anhang 2 zum Bildungsplan als begleitende Massnahmen der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes festgelegt.

IV. Umfang der Bildung an den einzelnen Lernorten und Unterrichtssprache

Art. 6

Bildung in beruflicher Praxis

1) Die Bildung in beruflicher Praxis im Betrieb umfasst über die ganze Dauer der beruflichen Grundbildung im Durchschnitt dreieinhalb Tage pro Woche.

2) In einer schulisch organisierten Grundbildung wird die Bildung in beruflicher Praxis in integrierten Praxisteilen oder in betrieblichen Praktika vermittelt. Sie dauert gesamthaft mindestens 220 Arbeitstage.

Art. 7

Berufsfachschule

1) Der obligatorische Unterricht an der Berufsfachschule umfasst 2 160 Lektionen. Diese teilen sich gemäss nachfolgender Tabelle auf:

Unterricht	**1. Lehrjahr**	**2. Lehrjahr**	**3. Lehrjahr**	**4. Lehrjahr**	**Total**
a) Berufskunde					
- Entwickeln von Ideen und Konzepten	220	160	-	60	440
- Entwickeln und Fertigen von elektronischer Hardware	140	140	60	40	380
- Entwickeln von Software	100	180	80	60	420

Unterricht	1. Lehrjahr	2. Lehrjahr	3. Lehrjahr	4. Lehrjahr	Total
- Übernehmen von technischer und betrieblicher Verantwortung	60	40	60	40	200
Total Berufskunde	**520**	**520**	**200**	**200**	**1 440**
b) Allgemeinbildung	120	120	120	120	480
c) Sport	80	80	40	40	240
Total Lektionen	**720**	**720**	**360**	**360**	**2 160**

2) Bei der Anzahl Lektionen sind geringfügige Verschiebungen zwischen den Lehrjahren innerhalb des gleichen Handlungskompetenzbereichs in Absprache mit dem Amt für Berufsbildung und Berufsberatung und den zuständigen Organisationen der Arbeitswelt möglich. Das Erreichen der vorgegebenen Bildungsziele muss in jedem Fall gewährleistet sein.

3) Für die Allgemeinbildung gilt die Verordnung über Mindestvorschriften für die Allgemeinbildung in der beruflichen Grundbildung.

4) Unterrichtssprache ist die Landessprache. Die Regierung kann neben dieser Unterrichtssprache andere Unterrichtssprachen zulassen.

5) Zweisprachiger Unterricht in der Landessprache und in einer Fremdsprache ist empfohlen.

Art. 8

Überbetriebliche Kurse

1) Die überbetrieblichen Kurse umfassen 48 Tage zu acht Stunden.

2) Die Tage und die Inhalte sind wie folgt auf fünf Kurse aufgeteilt:

Lehrjahr	Kurse	Handlungskompetenzen	Anzahl Tage
1	1	Anforderungen und Bedürfnisse an elektronische Hard- oder Softwareproblemstellungen erfassen und interpretieren Leiterplatten und Baugruppen fertigen Verläufe von projektorientierten Aufträgen im Elektronikbereich der MEM-Industrie kontrollieren	12

Lehrjahr	Kurse	Handlungskompetenzen	Anzahl Tage
1	2	Anforderungen und Bedürfnisse an elektronische Hard- oder Softwareproblemstellungen erfassen und interpretieren Die Machbarkeit von Ideen oder Aufträgen für elektronische Hard- oder Softwarelösungen abklären Elektronische Schaltungen dimensionieren und das Schema entwickeln Schaltungen in Betrieb nehmen, ausmessen und Fehler beheben	6
2	3	Anforderungen und Bedürfnisse an elektronische Hard- oder Softwareproblemstellungen erfassen und interpretieren Die Machbarkeit von Ideen oder Aufträgen für elektronische Hard- oder Softwarelösungen abklären Elektronische Schaltungen dimensionieren und das Schema entwickeln	6
2	4	Ideen, Konzepte und Lösungen für elektronische Hard- oder Softwareproblemstellungen entwickeln Schaltungen in Betrieb nehmen, ausmessen und Fehler beheben Die Anforderungen an die Schaltung überprüfen	6
2	5	Ideen, Konzepte und Lösungen für elektronische Hard- oder Softwareproblemstellungen entwickeln Die Machbarkeit von Ideen oder Aufträgen für elektronische Hard- oder Softwarelösungen abklären Mikrocontroller-Programme entwickeln Die Anforderungen an die Software überprüfen	18
Total			**48**

3) Im letzten Semester der beruflichen Grundbildung dürfen keine überbetrieblichen Kurse stattfinden.

V. Bildungsplan

Art. 9

1) Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung liegt ein Bildungsplan der zuständigen Organisationen der Arbeitswelt vor.

2) Der Bildungsplan hat folgenden Inhalt:

a) Er enthält das Qualifikationsprofil; dieses besteht aus:
   1. dem Berufsbild;
   2. der Übersicht über die Handlungskompetenzbereiche und die Handlungskompetenzen;
   3. dem Anforderungsniveau des Berufs.

b) Er führt die Inhalte der Grundbildung sowie die Bestimmungen zur Arbeitssicherheit, zum Gesundheitsschutz und zum Umweltschutz aus.

c) Er bestimmt, an welchen Lernorten welche Handlungskompetenzen vermittelt und gelernt werden.

3) Dem Bildungsplan angefügt ist das Verzeichnis der Instrumente zur Sicherstellung und Umsetzung der beruflichen Grundbildung sowie zur Förderung von deren Qualität mit Angabe der Bezugsquelle.

VI. Fachliche Anforderungen an die Berufsbildnerinnen/Berufsbildner und Höchstzahl der Lernenden im Betrieb

Art. 10

Fachliche Anforderungen an Berufsbildnerinnen/Berufsbildner

Die fachlichen Anforderungen an eine Berufsbildnerin/einen Berufsbildner erfüllt, wer über eine der folgenden Qualifikationen verfügt:

a) Elektronikerin/Elektroniker mit mindestens zwei Jahren beruflicher Praxis im Lehrgebiet;

b) Fähigkeitszeugnis eines verwandten Berufs mit der notwendigen Berufskunde im Bereich der Elektronikerin/des Elektronikers und mit mindestens drei Jahren beruflicher Praxis im Lehrgebiet;

c) einschlägiger Abschluss der höheren Berufsbildung mit mindestens zwei Jahren beruflicher Praxis im Lehrgebiet;

d) einschlägiger Hochschulabschluss mit mindestens zwei Jahren beruflicher Praxis im Lehrgebiet.

Art. 11

Höchstzahl der Lernenden

1) Betriebe, die eine Berufsbildnerin/einen Berufsbildner zu 80 % oder zwei Berufsbildnerinnen/Berufsbildner zu je mindestens 60 % beschäftigen, dürfen eine lernende Person ausbilden.

2) Mit jeder zusätzlichen Beschäftigung einer Fachkraft zu 100 % oder von zwei Fachkräften zu je mindestens 60 % darf eine weitere lernende Person im Betrieb ausgebildet werden.

3) Als Fachkraft gilt, wer im Fachbereich der lernenden Person über ein Fähigkeitszeugnis oder über eine gleichwertige Qualifikation verfügt.

4) In Betrieben, die nur eine lernende Person ausbilden dürfen, kann eine zweite lernende Person ihre Bildung beginnen, wenn die erste in das letzte Jahr der beruflichen Grundbildung eintritt.

5) In besonderen Fällen kann das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung einem Betrieb, der seit mehreren Jahren Lernende mit überdurchschnittlichem Erfolg ausgebildet hat, die Überschreitung der Höchstzahl der Lernenden bewilligen.

6) Der Betrieb organisiert die Arbeitszeit der Berufsbildnerinnen/Berufsbildner und Fachkräfte so, dass die Lernenden während der beruflichen Praxis von einer Berufsbildnerin/einem Berufsbildner oder von einer Fachkraft beaufsichtigt sind.

VII. Lerndokumentation, Bildungsbericht und Leistungsdokumentationen

Art. 12

Lerndokumentation

1) Die lernende Person führt während der Bildung in beruflicher Praxis eine Lerndokumentation, in der sie laufend alle wesentlichen Arbeiten im Zusammenhang mit den zu erwerbenden Handlungskompetenzen festhält.

2) Mindestens einmal pro Semester kontrolliert und unterzeichnet die Berufsbildnerin/der Berufsbildner die Lerndokumentation und bespricht sie mit der lernenden Person.

Art. 13

Bildungsbericht

1) Die Berufsbildnerin/der Berufsbildner hält am Ende jedes Semesters den Bildungsstand der lernenden Person in einem Bildungsbericht fest. Sie oder er stützt sich dabei auf die Leistungen in der beruflichen Praxis und auf Rückmeldungen über die Leistungen in der Berufsfachschule und in den überbetrieblichen Kursen. Sie oder er bespricht den Bildungsbericht mit der lernenden Person.

2) Die Berufsbildnerin/der Berufsbildner und die lernende Person vereinbaren wenn nötig Massnahmen zum Erreichen der Bildungsziele und setzen dafür Fristen. Sie halten die getroffenen Entscheide und vereinbarten Massnahmen schriftlich fest.

3) Die Berufsbildnerin/der Berufsbildner überprüft die Wirkung der vereinbarten Massnahmen nach der gesetzten Frist und hält den Befund im nächsten Bildungsbericht fest.

4) Werden trotz der vereinbarten Massnahmen die Ziele nicht erreicht oder ist der Ausbildungserfolg gefährdet, so teilt die Berufsbildnerin/der Berufsbildner dies den Vertragsparteien und dem Amt für Berufsbildung und Berufsberatung schriftlich mit.

Art. 14

Leistungsdokumentation in der Berufsfachschule

Die Berufsfachschule dokumentiert die Leistungen der lernenden Person in den unterrichteten Handlungskompetenzbereichen und in der Allgemeinbildung und stellt ihr am Ende jedes Semesters ein Zeugnis aus.

Art. 15

Leistungsdokumentation in den überbetrieblichen Kursen

1) Die Anbieter der überbetrieblichen Kurse halten die Leistungen der lernenden Person in Form je eines Kompetenznachweises für jeden überbetrieblichen Kurs fest.

2) Die Kompetenznachweise werden in Noten ausgedrückt. Diese fliessen in die Berechnung der Erfahrungsnote ein.

VIII. Qualifikationsverfahren

Art. 16

Zulassung

Zu den Qualifikationsverfahren wird zugelassen, wer die berufliche Grundbildung absolviert hat:

a) nach den Bestimmungen dieser Verordnung;

b) in einer dafür anerkannten Bildungsinstitution; oder

c) ausserhalb eines geregelten Bildungsgangs, sofern die betreffende Person die folgenden Voraussetzungen erfüllt:

   1. Sie hat die nach Art. 46 Abs. 3 BBG erforderliche Erfahrung erworben.
   2. Sie hat von dieser beruflichen Erfahrung mindestens drei Jahre Erfahrung im Bereich der Elektronikerin/des Elektronikers erworben.
   3. Sie macht glaubhaft, den Anforderungen des Qualifikationsverfahrens gewachsen zu sein.

Art. 17

Gegenstand

In den Qualifikationsverfahren ist nachzuweisen, dass die Handlungskompetenzen nach Art. 4 erworben wurden.

Art. 18

Umfang und Durchführung des Qualifikationsverfahrens mit Abschlussprüfung

1) Im Qualifikationsverfahren mit Abschlussprüfung werden die Handlungskompetenzen in den nachstehenden Qualifikationsbereichen wie folgt geprüft:

a) Teilprüfung, im Umfang von neun Stunden; dafür gilt Folgendes:
   1. Dieser Qualifikationsbereich wird gegen Ende des zweiten Bildungsjahrs geprüft.
   2. Geprüft werden grundlegende Handlungskompetenzen.
   3. Die Lerndokumentation und die Unterlagen der überbetrieblichen Kurse dürfen als Hilfsmittel verwendet werden.
   4. Der Qualifikationsbereich umfasst die Handlungskompetenzbereiche Entwickeln und Fertigen von elektronischer Hardware (Art. 4 Abs. 1 Bst. b) und Entwickeln von Software (Art. 4 Abs. 1 Bst. c).

b) Praktische Arbeit, als individuelle praktische Arbeit (IPA) im Umfang von 64 bis 104 Stunden; dafür gilt Folgendes:
   1. Dieser Qualifikationsbereich wird gegen Ende der beruflichen Grundbildung geprüft.
   2. Die lernende Person muss zeigen, dass sie fähig ist, die geforderten Tätigkeiten fachlich korrekt sowie bedarfs- und situationsgerecht auszuführen.
   3. Die Lerndokumentation und die Unterlagen der überbetrieblichen Kurse dürfen als Hilfsmittel verwendet werden.
   4. Der Qualifikationsbereich umfasst möglichst alle Handlungskompetenzbereiche und enthält die folgenden Positionen mit den nachstehenden Gewichtungen:

Position	Beschreibung	Gewichtung
1	Ausführung und Resultat der Arbeit	60 %
2	Dokumentation	10 %
3	Präsentation	10 %
4	Fachgespräch	20 %

5. Die Präsentation und das Fachgespräch dauern gesamthaft eine Stunde.

c) Berufskunde, im Umfang von vier Stunden; dafür gilt Folgendes:

1. Dieser Qualifikationsbereich wird gegen Ende der beruflichen Grundbildung geprüft.
2. Im Qualifikationsbereich wird anhand einer vorgegebenen Problemstellung aus der beruflichen Praxis ein Lösungsvorschlag entwickelt.
3. Der Qualifikationsbereich enthält die folgenden Positionen mit den nachstehenden Gewichtungen:

Position	Beschreibung	Gewichtung
1	Lösungsvorschlag	50 %
2	Dokumentation des Lösungswegs	30 %
3	Reflexion des Vorgehens	20 %

d) Allgemeinbildung: Dieser Qualifikationsbereich richtet sich nach der Verordnung über Mindestvorschriften für die Allgemeinbildung in der beruflichen Grundbildung.

2) In jedem Qualifikationsbereich beurteilen mindestens zwei Prüfungsexpertinnen/Prüfungsexperten die Leistungen.

Art. 19

Bestehen, Notenberechnung, Notengewichtung

1) Das Qualifikationsverfahren mit Abschlussprüfung ist bestanden, wenn:

a) der Qualifikationsbereich "Teilprüfung" mindestens mit der Note 4 bewertet wird;

b) der Qualifikationsbereich "praktische Arbeit" mindestens mit der Note 4 bewertet wird;

c) der Qualifikationsbereich "Berufskunde" mindestens mit der Note 4 bewertet wird; und

d) die Gesamtnote mindestens 4 beträgt.

2) Die Gesamtnote ist das auf eine Dezimalstelle gerundete Mittel aus der Summe der gewichteten Noten der einzelnen Qualifikationsbereiche der Abschlussprüfung und der gewichteten Erfahrungsnote; dabei gilt folgende Gewichtung:

a) Teilprüfung: 20 %;

b) praktische Arbeit: 30 %;

c) Berufskunde: 15 %;

d) Allgemeinbildung: 20 %;

e) Erfahrungsnote: 15 %.

3) Die Erfahrungsnote ist das auf eine Dezimalstelle gerundete Mittel aus der Summe der folgenden Noten mit nachstehender Gewichtung:

a) Note für den Unterricht in der Berufskunde: 75 %;

b) Note für die überbetrieblichen Kurse: 25 %.

4) Die Note für den Unterricht in der Berufskunde ist das auf eine ganze oder halbe Note gerundete Mittel aus der Summe der acht Semesterzeugnisnoten.

5) Die Note für die überbetrieblichen Kurse ist das auf eine ganze oder halbe Note gerundete Mittel aus der Summe der fünf benoteten Kompetenznachweise.

6) Erfolgte die Zulassung zum Qualifikationsverfahren mit Abschlussprüfung gestützt auf Art. 16 Bst. c in Verbindung mit Art. 46 Abs. 3 BBG, so entfällt die Erfahrungsnote; in diesem Fall werden für die Berechnung der Gesamtnote die einzelnen Noten wie folgt gewichtet:

a) Teilprüfung: 30 %;

b) praktische Arbeit: 30 %;

c) Berufskunde: 20 %;

d) Allgemeinbildung: 20 %.

Art. 20

Wiederholungen

1) Wiederholungen von Qualifikationsverfahren sind höchstens zweimal möglich.

2) Muss ein Qualifikationsbereich wiederholt werden, so ist er in seiner Gesamtheit zu wiederholen.

3) Der Qualifikationsbereich "Teilprüfung" muss spätestens mit der Abschlussprüfung wiederholt werden.

4) Wird die Abschlussprüfung ohne erneuten Besuch des Unterrichts in der Berufskunde wiederholt, so wird die bisherige Erfahrungsnote beibehalten. Wird der Unterricht in der Berufskunde während mindestens zwei Semestern wiederholt, so zählen für die Berechnung der Erfahrungsnote nur die neuen Noten.

5) Wird die Abschlussprüfung ohne erneuten Besuch von überbetrieblichen Kursen wiederholt, so wird die bisherige Note beibehalten. Werden die letzten zwei bewerteten überbetrieblichen Kurse wiederholt, so zählen für die Berechnung der Erfahrungsnote nur die neuen Noten.

IX. Ausweise und Titel

Art. 21

Fähigkeitszeugnis

1) Wer ein Qualifikationsverfahren erfolgreich durchlaufen hat, erhält das Fähigkeitszeugnis (FZ).

2) Das Fähigkeitszeugnis berechtigt, den gesetzlich geschützten Titel "Elektronikerin FZ"/"Elektroniker FZ" zu führen.

3) Ist das Fähigkeitszeugnis mittels Qualifikationsverfahren mit Abschlussprüfung erworben worden, so werden im Notenausweis aufgeführt:

a) die Gesamtnote;

b) die Noten jedes Qualifikationsbereichs der Abschlussprüfung sowie, unter dem Vorbehalt von Art. 19 Abs. 6, die Erfahrungsnote.

X. Qualitätsentwicklung und Organisation

Art. 22

Kommission für Berufsentwicklung und Qualität

Die Regierung kann eine Kommission bestimmen, der die Förderung der Berufsentwicklung und die Sicherstellung der Qualität der Grundbildung für Elektronikerinnen/Elektroniker obliegt.

Art. 23

Trägerschaft und Organisation der überbetrieblichen Kurse

1) Träger für die überbetrieblichen Kurse sind:

a) Swissmechanic Schweiz;

b) Swissmem.

2) Die Regierung kann die Durchführung der überbetrieblichen Kurse unter Mitwirkung der zuständigen Organisationen der Arbeitswelt einer anderen Trägerschaft übertragen, namentlich wenn die Qualität oder die Durchführung der überbetrieblichen Kurse nicht mehr gewährleistet ist.

3) Sie regelt mit der Trägerschaft die Organisation und die Durchführung der überbetrieblichen Kurse.

4) Das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung hat jederzeit Zutritt zu den Kursen.

XI. Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 24

Aufhebung bisherigen Rechts

Die Verordnung vom 26. Oktober 2010 über die berufliche Grundbildung Elektronikerin/Elektroniker mit Fähigkeitszeugnis (FZ), LGBl. 2010 Nr. 300, in der geltenden Fassung, wird aufgehoben.

Art. 25

Übergangsbestimmungen

1) Die Bestimmungen über Qualifikationsverfahren, Ausweise und Titel (Art. 16 bis 21) kommen ab dem 1. Januar 2030 zur Anwendung.

2) Die Bestimmungen über die Teilprüfung kommen ab dem 1. Januar 2028 zur Anwendung.

3) Lernende, die ihre Ausbildung als Elektronikerin/Elektroniker vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung begonnen haben, schliessen sie nach bisherigem Recht ab, sofern der Abschluss vor dem 31. Dezember 2031 erfolgt.

4) Lernende, die nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung eine verkürzte Ausbildung absolvieren, die vor der erstmaligen Anwendung der Bestimmungen über Qualifikationsverfahren, Ausweise und Titel (Abs. 1) endet, absolvieren sie nach bisherigem Recht und schliessen sie nach bisherigem Recht ab, sofern der Abschluss vor dem 31. Dezember 2031 erfolgt.

5) Kandidierende, die das Qualifikationsverfahren mit Abschlussprüfung für Elektronikerin/Elektroniker gemäss bisherigem Recht absolviert haben und dieses bis zum 31. Dezember 2031 wiederholen, werden nach bisherigem Recht beurteilt.

Art. 26

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Dezember 2026 in Kraft.

Fürstliche Regierung:
gez. *Brigitte Haas*
Fürstliche Regierungschefin